

Wahlprüfsteine Lesben und Schwulenverband in Deutschland

Antworten Volt Bremen

1. **„Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ weiterentwickeln. Der Aktionsplan muss ab 2025 unter Beteiligung der queeren Vereine fortgeschrieben, weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?**

Die Politik von Volt baut auf die Überzeugung der Gleichwertigkeit aller Menschen auf, unabhängig von u. A. deren geschlechtlicher und sexueller Ausrichtung. Der "Landesaktionsplan gegen Homo- Trans- und Interphobie" ist ein wichtiges Mittel, um diese Überzeugung politisch zu untermauern und betroffenen Menschen entsprechenden Schutz zu verschaffen. Dabei begrüßen wir die politische Partizipation aller und setzen uns selbstverständlich auch für das Mitwirken betroffener Personen sowie für eine Auskömmlichkeit ein, welche grundlegend notwendig ist, um den Landesaktionsplan umzusetzen.

2. **Sicher leben!
Aktiv gegen LSBTIQ*-Hasskriminalität. Werden Sie dafür sorgen, dass in Bremen die Empfehlungen des AK „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ (BMI) umgesetzt und entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?**

Volt setzt sich gegen Hass und Hasskriminalität jeglicher Art ein. Der durch das BMI eingesetzte AK „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ ist dafür ein guter Schritt und genießt die Unterstützung von Volt. Wichtig ist dabei auch, dass bei der Bekämpfung von Hasskriminalität der Schutz der Opfer stets an oberster Stelle steht.

3. **Regenbogenfamilien stärken
Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Wie wollen Sie dies umsetzen sowie die Förderung von Beratungsangeboten langfristig sicherstellen?**

Wir möchten die Beratungsstellen langfristig und ausreichend fördern und sehr eng mit Betroffenen zusammenarbeiten. Des Weiteren sollen die Berater*innen z.B. in die Schulen gehen und dort für Gesprächsangebote sowie Aufklärung im Unterricht zur Verfügung stehen. Mitarbeitende z. B. in der Verwaltung müssen geschult werden und die Infrastruktur, beispielsweise in Form von Softwarelösungen, muss die korrekte Erfassung von Regenbogenfamilien zulassen.

4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen

„Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung verankert, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien LSBTIQ*-inklusiv sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?

Die individuelle Lernerfahrung im inklusiven Umfeld steht im Mittelpunkt unseres Selbstverständnisses zur Bildung. Die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften muss hierfür grundlegend reformiert werden. Lehrkräfte müssen in der heutigen, auf das Internet beruhenden Informationskultur, weniger öffentlich zugängliche Informationen vermitteln. Vielmehr sollte der Aufbau von Kompetenzen, wie beispielsweise Medienkompetenz, Demokratieverständnis oder das Kennenlernen der eigenen, individuellen Identität eine zentrale Rolle einnehmen. Dazu gehört auch, die Schüler*innen als Individuen wahrzunehmen und entsprechend individuell zu fördern. Dies ist nur möglich, wenn geschlechtliche und sexuelle Vielfalt eingeschlossen sind und insbesondere bei bestehenden Fachkräften ein angemessener Umgang, beispielsweise durch Weiterbildungen, erlernt wird. Diese Vielfalt muss sich ebenso in den Unterrichtsmaterialien wiederfinden.

5. Diskriminierungsschutz ausbauen

Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt und Respekt auf den Weg bringen und die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) in Bremen auskömmlich finanzieren?

Volt arbeitet nach dem Best Practice Prinzip: Das bedeutet, dass wir voneinander lernen wollen. Bereits anderswo erfolgreich etablierte Verfahren und Gesetze möchten wir übernehmen.

Aus diesem Grund ist die Übernahme eines Landesantidiskriminierungsgesetzes zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt und Respekt für Bremen nach dem Berliner Vorbild für uns gut vorstellbar. Eine entsprechende Übernahme geschieht erst nach ausreichender Prüfung in Bezug auf die positiven Auswirkungen des Gesetzes, um nicht funktionierende Gesetze nicht weiter zu verbreiten.

6. Grundgesetz LSBTIQ*-inklusiv ausgestalten

Werden Sie im Bundesrat die LSBTIQ*-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen und einen entsprechenden Antrag einbringen?

Wir begrüßen den zugrundeliegenden Gesetzesentwurf und werden diesem zuträgliche Anträge im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

7. Für Selbstbestimmung & Vielfalt im Bundesrat

Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche

Selbstbestimmung von trans*, nichtbinären und intergeschlechtlichen Menschen im Bundesrat stimmen?

Die Selbstbestimmung von trans*, nichtbinären und intergeschlechtlichen Personen unterstützen wir in ganz Europa und wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für die geschlechtliche Selbstbestimmung aller Menschen einsetzen. Der Ausgang der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft sichert uns allerdings kein grundsätzliches Stimmrecht im Bundesrat zu.

8. Queeres Leben im Alter fördern

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass queere Senior*innen in Bremen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior*innenvertretungen erhöht wird?

Es müssen Vorurteile abgebaut werden. Dafür wollen wir in Einrichtungen verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende anbieten, um die Akzeptanz selbstbestimmter Geschlechtsidentitäten anzuheben. Zusätzlich zu dem Ausbau der Akzeptanz sollten betroffene Senior*innen aktiv motiviert werden, um sich in entsprechenden Vertretungen zu engagieren.

9. Diversität in Gesundheitswesen und Pflege fördern

Das Personal in Pflege und Gesundheit muss für den Umgang mit LSBTIQ* sensibilisiert werden und dies muss in Aus- und Fortbildung fest integriert werden. Trans*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen brauchen leichten Zugang zu med. und psychischer Hilfe. Wie wollen Sie das gewährleisten?

Wie in Städten wie beispielsweise Hamburg bereits etabliert wurde, sollten in Bremen Beratungsstellen entstehen, die insbesondere auf die genannten Gruppen spezialisiert sind. Dafür muss die Trans*beratung Bremen bei ihrer Arbeit unterstützt werden und darüber hinaus sollten weitere Angebote geschaffen werden.

10. Bremen setzt sich für die Menschenrechte von LSBTIQ* ein

Wie wollen Sie zukünftig die Menschenrechte von LSBTIQ* in den internationalen Beziehungen des Landes Bremen mitdenken und vor allem auch berücksichtigen?

Die Politik von Volt baut auf die Überzeugung der Gleichwertigkeit aller Menschen auf, unabhängig von u. A. deren geschlechtlicher und sexueller Ausrichtung. Ausgehend von dieser Grundorientierung gestaltet Volt als paneuropäische Partei Politik in 31 Ländern in ganz Europa. Die Außen- und Entwicklungspolitik von Volt baut auf diese handlungsleitende Grundorientierung auf und orientiert sich an dieser.